

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Wolfgang Wessels

Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der europapolitischen Debatte hinterlassen in der ‚Denkpause‘ nach den Referenden tiefe Spuren in der Wissenschaftslandschaft: Die Suche nach den tatsächlichen Entwicklungslinien der europäischen Konstruktion und der gewünschten Finalität (Quermonne 2005: 141-145) offerieren ein differenziertes Angebot an traditionellen, aber auch überraschenden Kontroversen in der Analyse und an alternativen Vorschlägen zur weiteren Strategie.

Nach einer pessimistischen Lesart beobachten wir mit dem Schicksal des Verfassungsvertrags das „Ende der klassischen supranationalen Europäischen Union“ (Kaelble 2005: 523-527) oder gar das „Ende Europas“ (Dehousse 2005). Dokumentiert wurde damit demnach ein strukturelles Dilemma der europäischen Staaten, für die die EU gleichzeitig sowohl eine „Quelle von Problemen“, aber auch die „einzige mögliche Lösung“ für diese bildet (Bartolini 2005: 412). Mit oder ohne Verfassungsvertrag ist „eine sich immer (weiter) vertiefende Union eine Illusion angesichts einer Zahl von 25/27 oder mehr Ländern, die unterschiedliche Entwicklungspfade, Entwicklungsstufen und Interessenlagen aufweisen“ (Alber/Merkel 2005: 19). Vor einer Abwertung der Integrationskonstruktion als überflüssig und verzichtbar warnen jedoch auch zunehmend Stimmen: „Die EU ist von ebensolcher existentieller Bedeutung für die Sicherheit und den Wohlstand der europäischen Völker, wie es einst der Staat wurde, der aus den Zerfallserscheinungen der spätmittelalterlichen Ordnung hinausführte“ (Preuß 2005: 532).

Weniger pessimistisch sind andere Einschätzungen: Haben wir nur das vorhersehbare, aber nicht schädliche Scheitern eines wissenschaftlich nicht begründeten und für die EU unnützen Experiments zu konstatieren (Grimm 2005; Moravszik 2006)? Signalisiert diese Entwicklung damit im schlechtesten Fall nur das Ende eines Konstitutionalisierungsanlaufs nach der „Methode Fischer“ (Dehousse 2005:130-135), das zu einer Renaissance der als überholt abbeschriebenen funktionalistischen „Methode Monnet“ (Faber/Wessels 2006: 256; Diedrichs/Wessels 2005: 306; Kaelble 2005: 536-537) oder entsprechend zu einem „Wandel in der integrationspolitischen Strategie der EU-Akteure (hin) zu informellen Vereinbarungen“ (Schimmelfennig 2005: 343) führt? Kann diese Phase vielleicht als eine unter den vielen und üblichen Einigungskrisen verstanden werden (Dehousse 2005: 185; Kaelble 2005: 535; Schimmelfennig 2005: 339-340)? Lässt damit die Reflexionsphase eine typischerweise erwartbare „Ermüdungsperiode“ in einem üblichen Integrationszyklus erkennen, nach der „eine neue Aufschwunggeneration neue Europavisionen entwickeln und neue Integrationsprojekte durchsetzen (wird)“ (Kaelble 2005: 529-530)?

Bedeutet diese Episode dann nur eine „kurze Stockung“ (Kaelble 2005: 535) bzw. „Delle im Integrationsprozess“ (Diedrichs/Wessels 2005: 288)? Das Ende der „big bargains“ (Börzel 2005a: 346) bzw. „ein Stillstand bei der formellen Vertragsentwicklung (muss) damit nicht auch Stillstand bei der Integration sein“ (Schimmelfennig 2005: 343). Könnte eine „weiche Konstitutionalisierung“ (Thym 2005) oder variantenreiche Formen der Flexibilisierung und Differenzierung einen einfachen Ausweg aus der „Verfassungs-

falle“ (Diedrichs/Wessels 2005) anbieten? Kann das „Nein“ vielleicht sogar eine Art Trotzreaktion auslösen und damit zu einem „Weckruf für einen erschöpften Kontinent werden“ (Weidenfeld 2006: 60)? Und sollten deutsche Politiker deshalb mit einer „Strategie des ‚langen Atems‘ am Verfassungsvertrag festhalten (Göler/Jopp 2006)?

Grundlagentexte: Rüstzeug für Forschung und Lehre

Die unübersichtlichen Entwicklungen des EU-Systems und die Vielfalt der politischen und wissenschaftlichen Zugänge stellen eine erhebliche Herausforderung an Forschung und Lehre dar. Als Reaktion hat der akademische Markt erneut eine Reihe von Lehr-, Hand- und Taschenbücher produziert, von denen sich einige durch mehrfache Neuauflage dem Status von „Klassikern“ nähern (Bretherton/Vogler 2006; Hayes-Renshaw/Wallace 2006; Nugent 2006; Peterson/Shackelton 2006; Spence 2006; Tömmel 2006; Wallace/Wallace/Pollack 2006; Weidenfeld/Wessels 2006; Bieber/Epinay/Haag 2005; Hix 2005; Holzinger u.a. 2005; Quermonne 2005); sie ergänzen häufig sinnvoll Veröffentlichungen der letzten Jahre (Cini 2003; Bomberg/Stubb 2003; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004).

Wesentliche Elemente eines „europawissenschaftlichen Curriculums“ (Franzius 2005; Umbach/Scholl 2003) lassen sich aus diesen Veröffentlichungen herauslesen:

- die Geschichte: historische Entstehung sowie Entwicklung und Transformation des Integrationsprozesses; Eine informative Übersicht – „Geschichte kompakt“ (Elvert 2006) – identifiziert drei Phasen: die „Gründungs- (1952-1973) und „Konsolidierungsphase“ (1970-1992) sowie die „Europäisierung der Europäischen Union“ (seit 1989/90).
- konstitutionelle und rechtliche Grundlagen;
- institutionelle Architektur des EU-Systems: Strukturen, Akteure und weitere „Mitspieler“ auf der nationalen und europäischen Ebene;
- politische Prozesse: Erfassen und Erklären der Verfahren nach den (Vertrags-)Buchstaben und in der (Vertrags-)Praxis;
- Schwerpunkte der Aktivitäten: ausgewählte Politikfelder der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik;
- wissenschaftliche Zugänge: Grundlegende Fragestellungen nach Effektivität und Legitimität sowie eine Bandbreite theoretischer Ansätze, bei denen „Supranationalismus“ bzw. „Neofunktionalismus“ und „Intergouvernementalismus“ – sowie in einem begrenzterem Maße – auch Föderalismus als „Einstiegstor“ (Hix 2005: 15) bzw. „Schlüsselkonzept“ (Nugent 2006: 557-560) für eine zunehmend komplexere akademische Landschaft dienen. So bleibt diese Dichotomie – trotz häufiger Kritik (Pollack 2005: 46; Wallace 2005: 79) ein dominierender Satz von Leitbegriffen für viele Arbeiten (Hix 2005: 15-17; vgl. auch Link 2006: 26; Rittberger/Schimmelfennig 2005: 22-40; Bitsch/Loth 2005; Loth 2005a).

Wege zum Verfassungsvertrag: Rückblick und Lehren einer Epoche der Konstitutionalisierung

Im entsprechenden zeitlichen Abstand wird nun eine Reihe von Untersuchungen zum Konvent und zur letzten Regierungskonferenz vorgelegt. Auch wenn der Verfassungsvertrag nicht in Kraft treten sollte, sind die Arbeiten zu dieser Epoche des Konstitutionalisierungsprozesses nicht nur als Randnotizen zu einer historischen Fußnote zu verstehen.

Zur Vorgeschichte sowie zum Ablauf des Konvents und der Regierungskonferenz legen gestaltende Akteure, begleitende Beobachter und Wissenschaftler (Laffan 2005; Laffan 2006; Becker/Leiße 2006) einen dichten Korpus an kenntnisreichen und informativen „Erzählungen“, Beschreibungen und Analysen vor; „the Making of a constitution“ werden anhand von Phasen anschaulich und nachvollziehbar dargestellt (Laffan 2005: 476). Neben der Rolle der kleineren „like minded countries“ (Rovná 2006: 40-43) werden auch die Rolle und der Einfluss einzelner Akteursgruppen nachgezeichnet; so wird für die deutsche Debatte festgestellt: „Im Gesamtergebnis konnten die Länder im Konvent wichtige Reformvorschläge einbringen und weitreichende Strukturveränderungen durchsetzen“ (Becker/Maurer 2005: 310).

Als wissenschaftliche Forschungsperspektiven zu dieser Phase des Vertiefungsprozesses werden insbesondere die Begriffspaare „bargaining“ gegenüber „learning/arguing und deliberative“ (Tannam/Laffan 2006; Rovná 2006: 30-31, Kleine/Risse 2004) genutzt sowie die konventionelle integrationspolitische Gegenüberstellung von „föderal/supranational“ gegenüber „intergouvernemental“ (Rovná 2006; Beach 2005: 20-23) herangezogen. Besonders anregend hat sich die Diskussion des Konvents als (Ideal-)Fall für ein „deliberatives Modell“ (Becker/Leiße 2006: 214-217) erwiesen; nachhaltig vertreten wird die „Stärke“ eines „deliberativen Supranationalismus“, der sich als Alternative zum „Intergouvernementalismus“ und „Neofunktionalismus“ versteht“ (Neyer 2005: 377).

Derartige Einschätzungen der „Konventsmethode als verfahrenstechnische Innovation“ heben den Charakter als „Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung“ (Göler 2006) hervor:

- „erstmalig wurde eine umfassende Vertragsrevision substantiell von nationalen Parlamentariern, Vertretern des Europäischen Parlaments beeinflusst und das bisher bestehende Vertretungsmonopol der nationalen Regierungen zumindest partiell durchbrochen“ (Göler 2006: 315).
- „[...] parlamentarisation enabled the substitution of the classic intergovernmental negotiation patterns through a style directed on consensus“ (Maurer 2006a: 151).
- „The Convention brought the process of treaty reform out of the diplomatic arena into a political one“ (Laffan 2006: 88).
- „Die Arbeit des Konvents (ist) letztlich von einem unerwarteten, zu Beginn nicht absehbaren Erfolg gekrönt worden“ (Becker/Leiße 2006: 217).
- Auf der Grundlage des Forschungsprojektes „Domestic Structures and European Integration“ (DOSEI) können wir sagen, dass der Konvent eine sehr effektive Methode war, einem großen Kreis an Mitgliedstaaten ein Reformkonzept vorzulegen, das sich als Paket auf der folgenden Regierungskonferenz weitgehend durchsetzen konnte (König 2005: 363 und 365).
- „Der Konvent hat sich als Erfolgsmodell für ein transparenteres, demokratischeres und effizienteres Europa erwiesen“ (Brok/Selmayr 2006: 29).

Gegenüber derartigen Analysen, die eine fast idealtypischen Deliberation konstatieren, wird auf das „Endgame“ der Konventsarbeit verwiesen, in dem sich das Präsidium des Konvents hinter verschlossenen Türen zu einem intergouvernementalen Verhandlungsforum mit nachhaltiger Berücksichtigung von Positionen mächtiger Regierungen zur institutionellen Architektur verwandelte (Oberhuber 2006: 114ff). Wenn die Konventsmethode insgesamt „in eine Serie von Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat eingebettet war“ (Becker/Leiße 2006: 216), dann ist eine vermittelnde These des

Sowohl-als-auch aufzugreifen: „Deliberation and Compromise in the Shadow of bargaining“ (Maurer 2006a: 120). In eine ähnliche Richtung weist eine detaillierte Analyse der abschließenden Regierungskonferenz: „The case of the Irish presidency is neither one of arguing nor bargaining, but a cocktail of both strategies“ (Tannam/Laffan 2006: 95; generell Beach 2005: 245).

In einem ähnlichen Spannungsverhältnis wird gesehen: „bargaining did itself take place under the shadow of rhetoric [...] this deliberative ethos did contribute to resolving some constitutional issues in ways unlikely to be revisited by the IGC“ (Magnette/Nikolaidis 2004: 20). Zunehmend wird auch die Erklärungskraft des deliberativen Ansatzes zunehmend skeptisch beurteilt: „the evidence for genuine deliberation, as opposed to bargaining from fixed interests, remains unclear and controversial“ (Pollack 2005: 44).

Nach euphorischen Einschätzungen des Konvents wird – nach den Referenden – auch zunehmend die Frage nach der politischen Relevanz gestellt. Plakativ wird das Scheitern der „Methode Fischer“ (Dehousse 2005: 131- 135) verkündet: Europa kann sich nur anhand konkreter Projekte weiterentwickeln und nicht auf der Basis eines abstrakten Modells zum „guten europäischen Regieren“ (Dehousse 2005: 133- 134).

Viele Beobachter sehen die Konventsmethode als eine weitere Variante bisheriger Vorbereitungen von Regierungskonferenzen bzw. als eine akademische Übung: (Toonen/Steuernberg/Voermans 2005: 597); in einer noch grundsätzlicheren Kritik gilt der Konvent als „symptomatisch für die europäische Malaise: nicht über politische Visionen wurde diskutiert, sondern kleinlichst über Stimmenverhältnisse, Entscheidungsverfahren und Kompetenzen gestritten. Die europäischen Bürger brauchte man für dieses Spektakel noch nicht einmal als Zuschauer“ (Beck/Grande 2004: 344); auch die erwarteten demokratischen Effekte des „constitutional project“ gelten als wissenschaftlich unhaltbar: „The effort to generate participation and legitimacy by introducing more populist and liberative democratic forms was doomed to failure because it runs counter to our consensual social scientific understanding of how advanced democracies actually work“ (Moravcsik 2006: 221).

Angesichts konträrer Bewertungen ist – über die Reflektionsphase hinaus – eine Geschichte integrationsrelevanter Folgen noch zu schreiben. Eine Wirkungsanalyse ist nur mittelfristig zu erstellen, wenn die nächste Phase der EU-Konstruktion einen Abschluss gefunden hat. Vielleicht sind der Prozess und das Produkt des Konvents auf unterschiedlicher Weise wirkungsmächtiger als gegenwärtig in der von Skepsis und Pessimismus geprägten „Denkpause“ zu vermuten ist.

Der Verfassungsvertrag in der Diskussion

Auch in der Reflektionsphase wird die Debatte über wesentliche Charakteristika und die politische Tragfähigkeit des Verfassungsvertrages fortgeführt.

Wie zu erwarten, wird das Dokument in mehrere theoretische Richtungen interpretiert (Thalmaier 2006: 425; Wessels 2005). Einige Elemente können als „staatsanalog“ verstanden werden, andere Bestimmungen werden als Zeichen für eine Mischform des Verfassungsvertrags – „hybrid character of the constitutional treaty“ (Peters 2006: 61) – gesehen. Auch als „Augentäuschung“ wird der Verfassungsvertrag eingestuft, da er deutlich „antiföderalistisch“ sei (Dehousse 2005: 78 -89). Eine breit getragene Mehrheitsmeinung sieht im Verfassungsvertrag mehr „die grundsätzliche Kontinuität des europäischen Gemeinwesens“ (Müller-Graff 2005: 90; Thalmaier 2006: 426; Becker/Ließe 2006: 259; Göler 2006: 312).

Kritische Stimmen zum Dokument kommen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und politischen Positionen: „Den Weg zur Konstitutionalisierung“ eines „föderalen Europas“ solle man möglichst nicht weiterverfolgen, denn er führt wegen der enormen Heterogenität in der erweiterten EU mit großer Wahrscheinlichkeit ins Nirgendwo“ (Link 2006: 95-96). Der frühere Verfassungsrichter Grimm betont: „Die produktive Umsetzung des Schocks verlangt den Abschied von der Verfassungsform. Das sollte umso leichter fallen, als eine echte Verfassung ohnehin nicht beschlossen wurde und sich für die EU auch nicht eignet“ (Grimm 2005: 561). Aus der Sicht eines „passionierten Liberalen“ diene der Verfassungsvertrag der „Einheit, nicht der Offenheit“: „Es ist gut, dass er uns erspart geblieben ist“ (Dahrendorf 2006: 422).

Dieser Ablehnung steht eine andere Lesart der Verfassung gegenüber, die diesen Text als Schlüsseldokument des „European Dream“ versteht: „The constitution is something quite new in human history [...] it is the first document of its kind to expand the human franchise to the level of global consciousness, with rights and responsibilities that encompass the totality of human existence on Earth“ (Rifkin 2004: 213). Der Verfassungsvertrag böte „unumkehrbare Vorteile mit größeren institutionellen Innovationen“ (Quermonne 2005: 136-140). Auch im Hinblick auf das Demokratiedefizit wird konstatiert: „Die institutionell beeinflussbaren Größen werden durch den Verfassungsvertrag in Richtung eines demokratischeren Europas reformiert“ (Kneip/Petring 2006: 226; Loth 2005b: 370).

Nach dem Verfassungsvertrag – Wege und Auswege

Strategien zur weiteren Behandlung des Verfassungsvertrags werden kontrovers diskutiert (vgl. u. a. Kleger 2006: 23; Göler/Jopp 2006; Quermonne 2005: 142-143).

Diskutiert werden zu einem Formen der Übernahme von einzelnen Elementen des Verfassungsvertrags, die aber teilweise als „Rosinenpickerei“ abgelehnt werden. Eine „weiche Konstitutionalisierung ohne Vertragsänderung“ kann als „Zwischenstufe“ oder aber auch als „Alternative“ zum Inkrafttreten des Verfassungsvertrags gesehen werden (Thym 2005: 307).

Eine weitere Reaktion will zur Ernüchterung gegenüber einer Krisenstimmung beitragen: In der EU-Geschichte zu beobachten ist „a constitutional evolution, not revolution“, die durch „multiple factors and actors“ (Peters 2006: 46 -53) bedingt ist und sich entsprechend auch ohne Verfassungsvertrag fortsetzen wird.

Zu diskutieren ist, ob die Union auf der Grundlage von „Maastricht als Dauerzustand“ (Thalmaier 2006: 426) zu charakterisieren ist. Sollte damit als eine positiv einzuschätzende Lehre aus den Fehlern des Verfassungsprojektes „die Akzeptanz des gegenwärtigen konstitutionellen“ Status verbunden werden: „Far from demonstrating the fragility of the EU, the failure of the constitutional project in fact demonstrates the Europe’s stability and success. The EU has quietly reached ‘a constitutional settlement‘“ (Moravcsik 2006: 235). Gegenüber dieser bewusst optimistischen Verteidigung der gegenwärtigen Struktur gilt der status quo als unhaltbar (Dehousse 2005:148-152) und unerwünscht: „if the constitutional Treaty fails, (a project) would fail: the establishment of a more stable political order“ (Bogdandy 2005: 933). Eine Erklärung in Hinsicht auf eine derartige Instabilität geht davon aus, dass eine „Logik der effektiven Problemlösung“ – wie sie der bisherigen institutionellen Architektur unterstellt wird – „zunehmend durch die Logik des legitimen Regierens dominiert wird“ (Zürn 2006: 244); konkreter: „Die EU wird im Zuge ihrer Supranationalisierung von der Wahlbevölkerung zunehmend politisiert [...] an die EU

werden nun normative Maßstäbe einer guten politischen Ordnung angelegt“ (Zürn 2006: 249).

Der nunmehr langen Schatten von nationalen Referenden kann sowohl für die Analyse als auch für die Strategie zu einem grundsätzlichen Überdenken führen: wenn sich Plebiszite als reguläre Verfahren der EU Konstitutionalisierung durchsetzen, kann der bisher in den Gründungsstaaten vermutete „permissive consensus“ für eine weitergehende Systemgestaltung der EU zu einem „constraining dissens“ werden (Börzel 2005a: 349). Um ein erneutes Scheitern zu vermeiden wird ein Wandel in integrationspolitischen Strategien zu anderen Verhaltensformen führen: „informelle Vereinbarungen statt formeller Verträge, inkrementalistische Politikentwicklung statt „großer Würfe“, administrativ-technische anstelle politischer und symbolisch aufgeladener Programmatik, gewachsene statt geschriebene Verfassung“ (Schimmelfennig 2005: 343).

Als eine aktive Strategie für die Fortsetzung eines Konstitutionalisierungsprozesses wird die umfassende „(parteipolitisch ausgerichtete) Politisierung der Europäischen Union“ (Zürn 2006) gefordert. Öffentliche Debatten auf der Grundlage traditioneller links/rechts Kontroversen auf der europäischen Ebene sind nicht nur „inevitable but also healthy“ (Hix 2006: 2). Vehement kritisiert dagegen Bartolini Vorschläge zur Politisierung nach diesem konventionellen parteipolitischen Muster als schädlich für die Debatte um konstitutionelle Fragen, als falsche Versprechungen gegenüber dem europäischen Bürger und schließlich als Überforderung der vorhandenen Strukturen von Interessenvertretungen und Parteien (Bartolini 2006: 30).

Zu üblichen Reaktionen der Krisennachbewältigung gehört die Intensivierung der Diskussion um Formen der Flexibilisierung und Differenzierung (Weidenfeld 2006; Maurer 2006b; Beck/Grande 2004: 365); zu den Varianten wird die wissenschaftlich intensiv behandelte und politisch häufig propagierte „offene Methode der Koordinierung“ (OMK) (u.a. Diedrichs 2005) gezählt; sie gilt als „potentiell wirksame Handlungsalternative zur Gemeinschaftsmethode, zumindest in „souveränitätssensiblen“ Politikbereichen“ (Hesse/Grotz 2006: 196).

Bei den „extra-konstitutionellen Umwegen aus der Verfassungskrise“ (Maurer 2006b) werden Formen der „verstärkten Zusammenarbeit“ sowie „opting-in-“ und „opting-out-Möglichkeiten“ diskutiert. Die Grenzen dieser Strategie werden schnell deutlich: „eine „Grundüberholung“ der EU auf dem Weg von Teilreformen über Instrumente wie die verstärkte Zusammenarbeit ist schwerfällig, risikoreich und wird die Macht- und Gegenmachtfragen zwischen den Organen, den Mitgliedstaaten sowie zwischen diesen beiden Handlungsebenen kaum rechtlich und politisch belastbar beantworten können“ (Maurer 2006b; 272-273).

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich bei der Diskussion um Flexibilisierungsmethoden Strategien für ein „Kerneuropa der Führungsstaaten“ (Link 2006: 54). Dagegen warnt Weidenfeld: „Politische Führung ist nicht gleichbedeutend mit der Etablierung eines geschlossenen Kerneuropas, in dem die mächtigsten Mitgliedstaaten die Geschichte dominieren. Dabei soll nicht ein starrer und geschlossener Kern, sondern mehrere sachbezogene und für andere Mitgliedstaaten offen ausgelegte Gruppen das Bild der Union prägen. Dem differenzierten Europa gehört die Zukunft“ (Weidenfeld 2006: 65).

Offeriert wird auch ein Mix an Strategien: Wenn „kein einfacher Königsweg absehbar ist“ (Faber/Wessels 2006: 261), „ist unter der Führung einer neuen Generation von Staats- und Regierungschefs ein Verhandlungspaket mit drei Schwerpunkten zu erwarten, das ein „Europa der Projekte“, eine „Flexibilisierung von Verfahren“ sowie institutionelle und

konstitutionelle Reformen aus der Vorlage des Verfassungsvertrags umfassen könnte (Faber/Wessels 2006: 252).

Integrationstheorien – Beiträge zu einem (politikwissenschaftlichen) Kerncurriculum

Den Trend der vergangenen Jahre, für Lehre und Forschung einen „Kanon“ an theoretischen Ansätzen zusammenzustellen (Bieling/Lerch 2005; Wiener/Dietz 2004; Loth/Wessels 2001; Rosamund 2000), setzten ergänzende und anregende Zusammenstellungen traditioneller und jüngerer Ansätze zu „European Union studies“ (Cini/Bourne 2006), zu „Théories de l'intégration européenne“ (Schwok 2005) und zu „Theorizing EU Policy – making“ (Pollack 2005) fort. Einen umfassenden Ansatz präsentieren die Herausgeber von „Europawissenschaft“ (Schuppert/Pernice/Halterm 2005), die unter dem Stichwort „theorizing Europe“ eine „disziplinenübergreifende Europawissenschaft“ anlegen.

Zu der niemals endenden, aber auch in jeder Phase notwendigen Debatte gehört die Charakterisierung der Europäischen Union. Ein gewisser Konsens hat sich bei der Abgrenzung von traditionellen Kategorien etabliert: „Auf Grund ihrer Nicht-Staatlichkeit einerseits und ihrer Supranationalität und ihres umfassenden Aufgabenbereichs andererseits ist die EU als Staatenverbindung eigener Art zu qualifizieren“ (Thalmaier 2006: 385f.). „Um Europa zu begreifen und neu zu denken, gilt es zunächst vom Staatsbegriff Abstand zu nehmen“ (Beck/Grande 2004: 86). Auch die mit dem Verfassungsvertrag neu verfasste EU wird als „ein Gebilde novi generis“ (Schneider 2005: 114ff) gekennzeichnet.

Trotz unterschiedlicher Etiketten werden für das EU-System ähnliche Phänomene als prägend verstanden – die durch die enge Verflechtung und Kooperation nationalstaatlicher und europäischer Akteure bestimmt wird, und die als „Fusion“ verstanden werden können (Wessels 2005; vgl. auch Sturm 2005: 106 -107; Bach 2005: 596; Elvert 2006: 126).

So wird der „Begriff der Polykratie“ vorgeschlagen, der „ein Regierungssystem“ bezeichnen soll, bei dem „europäische und nationale Eliten auf vielen miteinander verflochtenen Ebenen zur politischen Steuerung in der Europäischen Union beitragen“ (Landfried 2005: 379-380; vgl. auch Beck/Grande 2004: 85).

Eine weitere Variante postuliert „in Realität wird es die Europäische Union nicht als „Vereinigten Staaten von Europa“ geben, sondern als Staatenbund, der zwar strukturelle Elemente eines Bundesstaates aufweist, aus Gründen eines weitergehenden Erhalts nationaler und regionaler Identitäten, aber vom Übergang in eine europäische Föderation absieht“ (Hesse 2005: 648). Nicht nur als Analyse, sondern auch als Strategie propagiert Grimm einen Mix: „Die Kombination starker und ihre Vielfalt bewahrender Staaten mit einer Union, die selber kein Staat ist, sondern den Bedingungen der post-nationalen Konstellation gerecht wird, erscheint deswegen als besonders zukunftsträchtiges Modell“ (Grimm 2005b: 198).

Nicht nur wegen Wortwahl, sondern auch wegen der angelegten Systematik ist der Beitrag Grillers zu dieser Diskussion anregend: „Nach außen ein Staatenbund, nach innen ein Bundesstaat könnte man in einem rechtsdogmatisch „monströsen“ Bild zusammenfassen [...] der Übergang zwischen Staatenbund und Bundesstaat könnte hin und wieder ein Dauerzustand sein [...]. Die EU (erscheint) als liebenswertes Monstrum. Es besteht kein Anlass zur Furcht, wohl aber zur Vorsicht, wie bei jedem Monstrum“ (Griller 2005: 264-265). Auch andere Autoren greifen die Doppel- bzw. Zwitternatur der Integrationskonstruktion auf: „Die Europäische Union ist also kein Übergangskonzept für eine Entwicklung vom Staatenbund

zum Europäischen Bundesstaat. Das entscheidend Neue der europäischen Mehrebenenkonstruktion ist vielmehr die Öffnung der Verfassung über den Staat hinaus“ (Pernice 2005: 780).

William Wallace bietet uns Charakterisierungen, die mehrere Elemente der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Diskussion aufgreifen: „The EU is a partial polity, with a profoundly political process of policy making: a stable structure of collective governance which continues to serve mixed purposes of its constituent member states relatively well“ (Wallace 2005: 503). Diese Liste ist durch einen spezifischen neo-realistischen Ansatz zu ergänzen, der „eine „prä-föderale“ Ordnung auf der Basis eines integrativen Gleichgewichts“ identifiziert (Link 2006: 25-26).

Insgesamt bleibt die Suche nach einer allgemeinen Theorie („general theory“), die Faktoren und Kausalitäten einer integrativen Gesetzmäßigkeit herausarbeitet (Wessels 2006: 244) ein Desiderat, auch wenn die Schwierigkeiten dieser anspruchsvollen Zielsetzung bei den vielen Bemühungen immer zu Tage treten.

Zur internationalen Rolle der EU

Die Analyse der EU in den internationalen Beziehungen wie auch „rethinking the european union’s global role“ (Tonra 2006: 123-126) gehört zu den Schwerpunkten wissenschaftlicher Aufmerksamkeit (Hix 2005: 374-405; Smith/Crowe/Peterson 2006; Peters/Wagner 2005). Auch in diesem Feld ist eine erhebliche Unsicherheit über die tatsächliche wie die gewünschte Rolle der EU nicht zu übersehen. Charakteristisch und fast schon repräsentativ für ein breites Schrifttum ist das Plädoyer: „It is not inevitable that the EU will pursue, must pursue, or should pursue its global role in the same manner as states or indeed as an international organization. [...] There are many routes to understanding the EU in a way that expands, rather than delimits, its future path“ (Tonra 2006: 130). Ausgelotet werden mehrere derartige Möglichkeiten der „Europäischen Union als globalem Akteur“ erfassen und erklären Möglichkeiten und Grenzen der EU in mehreren Rollen – so als „economic power“, sowie als „development and humanitarian actor“, aber auch als „regional“ sowie „security“ and „military actor“; besonders arbeiten sie die Rolle als „global leader“ (in der Umweltpolitik) heraus (Bretherton/Vogler 2006).

Ein besonderer Fokus der wissenschaftlichen Diskussion liegt weiterhin auf dem Charakter der EU als „Zivilmacht“ (Peters/Wagner 2005: 256-259). Diese Fragestellung wird angesichts der beträchtlichen Entwicklungen im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Jopp/Sandawi 2006) zunehmend relevant. Insbesondere für „Deutschland als Zivil- und Zivilisierungsmacht“ (Diedrichs 2006: 126) ist diese Entwicklung von nachhaltigem Interesse: „Die EU bietet Deutschland Stabilitäts-, Kooperations-, Effektivitäts- und Legitimationsgewinne, die es allein aus nationaler Kraft nicht mobilisieren könnte“ (Diedrichs 2006: 132).

Auf der Agenda zur EU-Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren mit der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ ein neuer Leitbegriff etabliert, mit dem die EU ihr regionales Umfeld neu ordnen will. Lippert legt ein Plädoyer für eine selbstbewusste EU-Nachbarschaftspolitik vor: eine umfassende „Europäische Aufgabenkonföderation“ soll nicht als „Durchgangsstation zur Mitgliedschaft angeboten, sondern als eine funktionierende Gemeinschaft von eigenem Wert aufgebaut werden; sie wäre zudem eine Rückfalloption für Kandidaten, deren Beitrittsverhandlungen nicht erfolgreich verlaufen. Im Sinne konzentrischer Kreise wäre ein Ring „verantwortungsvoll regierter Staaten“ um die EU gelegt“ (Lippert 2006: 155-156). Im Spannungsverhältnis von „Partner“ oder „Beitritts-

kandidat“ (Koopmann/Lequesne 2006) wird die zentrale Gestaltungsfrage bleiben, wie die EU enge Beziehungen zu einem „Ring von Freunden“ ziehen kann, ohne Trennungslinien herzustellen oder zu vertiefen (Koopmann 2006: 23-26).

In fast allen Beiträgen wird den transatlantischen Beziehungen eine Schlüsselrolle zugesprochen. In der Kontroverse über die (Ver-)Stimmungslage mit den USA wird eine abgewogene Einschätzung häufig geteilt: „weder die Prognose vom „Ende des Westens“ noch die von einem (nur) vorübergehenden Stimmungstief treffen den Kern der Sache. Dass schlichte Fortschreiben der transatlantischen Partnerschaft in alter Form wird angesichts der grundlegend neuer Herausforderungen und veränderter Rahmenbedingungen nicht funktionieren“ (Zürn/Binder 2006: 406). Zu diesem Themenbereich geben Veröffentlichungen mit den Titeln „Rivalität von Partnern“ (Weidenfeld 2005) und „Transatlantic divide“ (Crocchi/Verdun 2006) diskussionsbestimmende Stichworte.

Auf dem Weg zu einem aufgeklärten Konstitutionalismus?

Die jahrtausende lange Debatte nach dem besten Regierungssystem wird auch und nicht zuletzt in Europa mit der EU als einem besonderen Gebilde fortgesetzt: mehrere Stränge der wissenschaftlichen Debatte könnten – im Sinne eines „aufgeklärten Konstitutionalismus“ – zusammenwirken. Misserfolge bei der politischen Gestaltung könnten daher unerwartete Möglichkeiten eröffnen (Dehoussé 2005: 187). Die Geschichte der europäischen Integration ist auch mit der „Denkpause“ noch nicht abgeschlossen.

Weiterführende Literatur

- Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (2006): Einleitung in Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, in: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (2006), (Hrsg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, Berlin.
- Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (2006), (Hrsg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, Berlin.
- Bach, Maurizio (2005): Europa als bürokratische Herrschaft. Verwaltungsstrukturen und bürokratische Politik in der Europäischen Union, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): Europa-wissenschaft, Baden-Baden, S. 575-612.
- Bartolini, Stefano (2006): Should the Union be 'Politicised'? Prospects and Risks, in: Politics: The Right or the Wrong Sort of Medicine for the EU?, Policy Paper N°19 Notre Europe, April, S. 28-48.
- Bartolini, Stefano (2005): Restructuring Europe. Centre formation, system building and political structuring between the nation state and the EU. Oxford, Oxford University Press.
- Beach, Derek (2005): The Dynamics of European Integration. Why and when EU institutions matter, Houndmills.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt am Main.
- Becker, Peter/Leiß, Olaf (2005): Die Zukunft Europas. Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, Wiesbaden.
- Becker, Peter/Maurer, Andreas (2006): Der Europäische Verfassungsvertrag und die Föderalisierung des europäischen Mehrebenensystems, in: Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Handbuch Europa in NRW. Wer macht was in NRW für Europa? 2. Aufl., Wiesbaden, S. 291-322.
- Bieber, Roland/Epiney, Astrid/Haag, Marcel (2005): Die Europäische Union. Europarecht und Europapolitik, 6. Aufl., Baden-Baden.
- Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (2005), (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, Stuttgart.
- Bitsch, Marie-Thérèse/Loth, Wilfried (2005): Introduction, in: Loth, Wilfried (Hrsg.): La Gouvernance supranationale dans la construction européenne, Bruxelles, S. 1-9.
- Bogdandy, Armin von (2005): The prospect of a European Republic: What European citizens are voting on, in: Common Market Law Review 42, S. 913-341.
- Börzel, Tanja A. (2005): Europäische Integrationstheorie – nicht obsolet, aber reformbedürftig, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/2005, S. 345-352.

- Bomberg, Elizabeth/Stubb, Alexander (2003), (Hrsg.): *The European Union: How Does it Work?*, Oxford/New York.
- Bretherton, Charlotte/Vogler, John (2006): *The European Union as a Global Player*, London.
- Brok, Elmar/Selmayr, Martin (2006): *Der Verfassungskonvent – ein Erfolgsmodell?*, in: Alemann, Ulrich/Münc, Claudia (Hrsg.): *Handbuch Europa in NRW. Wer macht was in NRW für Europa?*, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 21-30.
- Cini, Michelle (2003), (Hrsg.): *European Union Politics*, Oxford/New York.
- Cini, Michelle/Bourne, Angela (2006), (Hrsg.): *European Union Studies*, Houndmills.
- Croci, Osvaldo/Verdun, Amy (2006), (Hrsg.): *The transatlantic divide. Foreign and security policies in the Atlantic Alliance from Kosovo to Iraq*, Manchester.
- Dahrendorf (2006): *Vereint oder offen? Die europäische Alternative*, in: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?*, Berlin, S. 413-424.
- Dehousse, Renaud (2005): *La Fin de l'Europe*, Paris.
- Diedrichs, Udo (2006): *Deutschland in der EU und in der Welt: Von den Kosten und Nutzen einer europäischen Außenpolitik*, in: Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang: *Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands? Studie zu Kosten und Nutzen der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- Diedrichs, Udo (2005): *Overview Paper on Classification and Mapping of Governing Modes*, Working Paper NewGov.
- Diedrichs, Udo/Wessels, Wolfgang (2005): *Die Europäische Union in der Verfassungsfalle? Analysen, Entwicklungen und Optionen*, in: *integration*, Heft 4, 28. Jg., S. 287ff.
- Elvert, Jürgen (2006), (Hrsg.): *Die europäische Integration*, Darmstadt.
- Faber, Anne/Wessels, Wolfgang (2006): *Strategien und institutionelle Perspektiven nach der Verfassungskrise: ‚Funktionalistische‘ und ‚institutionalistische‘ Wege zu einem neuen europäischen Verhandlungspaket*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47. Jg., Heft 2, S. 252-263.
- Franzius, Claudio (2005): *Europawissenschaften in der Ausbildung*, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): *Europawissenschaft, Baden-Baden*, S. 89-100.
- Göler, Daniel (2006): *Deliberation-Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003*, Baden-Baden.
- Göler, Daniel/Jopp, Matthias (2006): *Die europäische Verfassungskrise und die Strategie des „langen Atems“*, in: *integration* 2/2006, S. 91-105.
- Griller, Stefan (2005): *Die Europäische Union. Ein staatsrechtliches Monstrum?*, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): *Europawissenschaft, Baden-Baden*, S. 201-274.
- Grimm, Dieter (2005): *Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages: auf der Suche nach Lösungen*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)*, Jg. 3, Nr. 4, S. 553-561.
- Grimm, Dieter (2005): *Europas Verfassung*, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): *Europawissenschaft, Baden-Baden*.
- Hayes-Renshaw, Fiona/Wallace, Helene (2006), (Hrsg.): *The Council of Ministers*, 2. Aufl., Houndmills.
- Hesse, Joachim Jens (2005): *Wider den Hochmut und die Gleichgültigkeit: die Professionalisierung Europas als Zukunftsaufgabe*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)*, Jg. 3, Nr. 4, S. 620-649.
- Hesse, Joachim Jens/Grotz, Florian (2005): *Europa professionalisieren. Kompetenzordnung und institutionelle Reform im Rahmen der Europäischen Union*, Berlin.
- Hix, Simon (2006): *Why the EU needs (Left-Right) Politics? Policy Reform and Accountability are Impossible without It*, in: *Politics: The Right or the Wrong Sort of Medicine for the EU?*, Policy Paper N°19 Notre Europe, April, S. 1-26.
- Hix, Simon (2005): *The Political System of the European Union*, 2. Aufl., Houndmills.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christopher/Peters, Dirk/Rittberger, Berthold/Schimmelpfennig, Frank/Wagner, Wolfgang (2005): *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*, Paderborn.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): *Europäische Integration*, 2. Aufl., Opladen.
- Jopp, Mathias/Sandawi, Sammi (2006): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Union 2005*, Baden-Baden, S. 231-240.
- Kaelble, Hartmut (2005): *Die Krise der Europäischen Union aus historischer Sicht*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)*, Jg. 3/Nr. 4, S. 522-541.
- Kleger, Heinz (2006): *Erweiterung ohne Vertiefung*, in: *Weltrends*, Nr. 50, Jahrgang 14, Frühjahr, 11-26.
- Kleine, Mareike/Risse, Thomas (2004): *Steering Modes in European Governance. The case of Treaty Revisions*, Working Paper New Gov, Online unter: http://www.eu-newgov.org/database/DELIV/D03D14_Steering_Modes_in_European_Governance.pdf
- Kneip, Sascha/Petring, Alexander (2006): *Die Reformvorschläge der Verfassung für Europa*

- und das Demokratiedefizit der EU, in: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?*, Berlin, S. 207-230.
- König, Thomas (2005): *Die Europäische Republik – so nah und wohl doch so fern?*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 12 (2), S. 361-368.
- Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle (2004): *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden.
- Koopmann, Martin/Lequesne, Christian (2006), (Hrsg.): *Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand*, Baden-Baden.
- Koopmann, Martin (2006): *Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Herausforderungen und Probleme eines anspruchsvollen Politikkonzepts*, in: Koopmann, Martin/Lequesne, Christian (Hrsg.): *Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand*, Baden-Baden, S. 17-30.
- Laffan, Brigid (2005): *Der schwierige Weg zur Europäischen Verfassung: Von der Humboldt-Rede Außenminister Fischers bis zum Abschluss der Regierungskonferenz*, in: Mathias Jopp/Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 473-492.
- Landfried, Christine (2005): *Das politische Europa. Differenz als Potential der Europäischen Union*, 2. Aufl., Baden-Baden.
- Link, Werner (2006): *Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten*, Schriftenreihe der ASKO Europa-Stiftung „Denkart Europa“, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Bd. 1, Baden-Baden.
- Lippert, Barbara (2006): *Assoziierung plus gesamteuropäische Aufgabenföderation: Plädoyer für eine selbstbewusste Nachbarschaftspolitik der EU*, in: *integration* 02/06, S. 149-157.
- Loth, Wilfried (2005a), (Hrsg.): *La Gouvernance supranationale dans la construction européenne*, Bruxelles.
- Loth, Wilfried (2005b): *Mise en perspective historique de la constitution européenne*, in: Loth, Wilfried (Hrsg.): *La Gouvernance supranationale dans la construction européenne*, Bruxelles, S. 339-371.
- Loth, Wilfried/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2001): *Theorien europäischer Integration*, Opladen.
- Magnette, Paul/Nikolaïdis, Kalypso (2004): *The European Convention: Bargaining in the shadow of Rhetoric*, in: *West European Politics*, April 2004.
- Maurer, Andreas (2006a): *Deliberation and Compromise in the Shadow of Bargaining. The Convention Method as a Test for EU System Development*, in: Puntcher Riekmann, Sonja/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *The Making of a European Constitution. Dynamics and Limits of the Convention Experience*, Wiesbaden, S. 120-155.
- Maurer, Andreas (2006b): *Die Vermessung des europäischen Tiefgangs: Extrakonstitutionelle Umwege aus der Verfassungskrise*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47. Jg. (2006), Heft 2, S. 264-274.
- Moravcsik, Andrew (2006): *What can we learn from the Collaps of the European Constitutional Project?*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47. Jg. (2006), Heft 2, S. 219-241.
- Müller-Graf, Peter-Christian (2005): *Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts*, in: Mathias Jopp/Saskia Matl (Hrsg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 87-107.
- Neyer, Jürgen (2005): *Die Krise der EU und die Stärke einer deliberativen Integrationstheorie*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2/2005, S. 377-382.
- Nugent, Neill (2006): *The Government and Politics of the European Union*, 6. Aufl., Houndmills.
- Oberhuber, Florian (2006): *The Convention Method: An Institutional Device for Consensus-building*, in: Puntcher-Riekmann, Sonja/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *The Making of a European Constitution. Dynamics and Limits of the Convention Experience*, Wiesbaden, S. 90-119.
- Pernice, Ingolf (2005): *Zur Finalität Europas*, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halterm, Ulrich (Hrsg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden, S. 743-794.
- Peters, Anne (2006): *The Constitutionalisation of the European Union – Without the Constitutional Treaty*, in: Puntcher-Riekmann, Sonja/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2006): *The Making of a European Constitution. Dynamics and Limits of the Convention Experience*, Wiesbaden, S. 35-67.
- Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005): *Die EU in den Internationalen Beziehungen*, in: Holzinger, Katharina u.a.: *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*, Paderborn, S. 215-272.
- Peterson, John/Shackleton, Michael (2006), (Hrsg.): *The Institutions of the European Union*, 2. Aufl., Oxford/New York.
- Pollack, Mark A. (2005): *Theorizing EU Policy-Making*, in: Wallace, Helen/Wallace, William/Pollack, Mark A. (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*, 5. Aufl., New York, S. 13-48.

- Preuß, Ulrich K. (2005): Europa als politische Gemeinschaft, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, S. 489-540.
- Quermone, Jean-Louis (2005): Le système politique de l'Union Européenne, 6. Aufl., Paris.
- Rifkin, Jeremy (2004): The European Dream. How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream, New York.
- Rittberger, Berthold/Schimmelfennig, Frank (2005). Integrationstheorien: Entstehung und Entwicklung der EU, in: Katharina Holzinger u.a. (Hrsg.): Die Europäische Union, Schöningh, S. 19-80.
- Rosamund, Ben (2000): Theories of European Integration. New York.
- Rovná, Lenka (2006): Constitutionalisation. The Case of the Convention as Network Analysis, in: Rovná, Lenka/Wessels, Wolfgang: EU Constitutionalisation: From the Conception to the Constitutional Treaty 2002-2005. Anatomy, Analysis, Assessment, Prag, S. 19-50.
- Schimmelfennig, Frank (2005): Obsolete Theorie oder obsoletes Referendum?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, S. 339-344.
- Schneider, Heinrich (2005): Die neu verfasste Europäische Union: noch immer „das unbekannte Wesen“?, in: Mathias Jopp/Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden 2005, S. 109-132.
- Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.) (2005): Europawissenschaft, Baden-Baden.
- Schwok, René (2005): Théories de l'intégration européenne. Approches, concepts et débats, Paris.
- Smith, Michael E./Crowe, Brian/Peterson, John (2006): International Interests: The Common Foreign and Security Policy, in: Peterson, John/Shackleton, Michael (Hrsg.): The Institutions of the European Union, 2. Aufl., Oxford/New York, S. 252-271.
- Spence, David/Edwards, Geoffrey (2006), Hrsg: The European Commission, 3. Aufl., London.
- Sturm, Roland (2005): Was ist Europäisierung? Zur Entgrenzung und Einbindung des Nationalstaats im Prozess der europäischen Integration, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, S. 101-128.
- Tannam, Etain/Laffan, Brigid (2006): The 2004 IGC: Bargaining or Learning?, in: Rovná, Lenka/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): EU Constitutionalisation: From the Conception to the Constitutional Treaty 2002-2005. Anatomy, Analysis, Assessment, Prag, S. 75-98.
- Thalmaier, Bettina (2005): Die zukünftige Gestalt der Europäischen Union. Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven einer Reform, Baden-Baden.
- Thym, Daniel (2005): Weiche Konstitutionalisierung – Optionen der Umsetzung einzelner Reformschritte des Verfassungsvertrags ohne Vertragsveränderung, in: integration 4/05, S. 307-315.
- Tömmel, Ingeborg (2006): Das politische System der EU, 2. Aufl., München.
- Toonen, Theo A. J./Steunenberg, Bernhard/Voermans, Wim (2005): Saying No to a European Constitution: Dutch Revolt, Enigma or Pragmatism?, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE), Jg. 3, Nr. 4, S. 522-541.
- Tonra, Ben (2006): Conceptualizing the European Union's global role, in: Cini, Michelle/Bourne, Angela K. (Hrsg.): European Union Studies, Houndmills/New York, S. 117-130.
- Umbach, Gaby/Scholl, Bruno (2003): Towards A Core Curriculum in EU Studies, in: European Political Science, spring 2.2, S. 71-80.
- Wallace, Helen/Wallace, William/Pollack, Mark A. (2005), (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 5. Aufl., New York.
- Weidenfeld, Werner (2006): Die Europäische Union neu ausrichten, in: Welttrends, Nr. 50, Jg. 14, Frühjahr, S. 55-65.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (2006), (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration, 9. Aufl., Berlin.
- Weidenfeld, Werner (2005), (Hrsg.): Rivalität der Partner – Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen – Die Chance eines Neubeginns, 1. Aufl., Gütersloh.
- Wessels, Wolfgang (2006): Cleavages, controversies and convergence in European Union Studies, in: Cini, Michelle/Bourne, Angela K. (Hrsg.): European Union Studies, Houndmills/New York, S. 233-246.
- Wessels, Wolfgang (2005): The Constitutional Treaty. Three Readings from a Fusion Perspective, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 43, Supplement 1, S. 11-36.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas (2004), (Hrsg.): Theories of European Integration: Past, Present and Future, Oxford.
- Zürn, Michael (2006): Zur Politisierung der Europäischen Union, in: PVS, 47. Jg., Heft 2, S. 242-251.
- Zürn, Michael/Binder, Martin (2006): Dekonstruktion oder Rekonstruktion der transatlantischen Beziehungen? Zum Stand des europäisch-amerikanischen Verhältnisses, in: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, Berlin, S. 391-412.